

Von Tiana Moser

Wasserzinsen und KEV

Gleich zu Beginn der Wintersession hat der Nationalrat ein zentrales umweltpolitisches Geschäft zur Förderung der erneuerbaren Energien behandelt. Mit einer Verknüpfung zweier Anliegen, der Erhöhung des Deckels der KEV (Kostendeckenden Einspeisevergütung) auf 0.9 Rp./KWh und der Erhöhung der Wasserzinsen konnten im Rat Mehrheiten gefunden werden. Die Grünliberalen hätten selbstverständlich eine vollkommene Streichung des Deckels der KEV oder eine Erhöhung auf 1,2 Rp./KWh viel lieber gesehen. Eine Förderung der Erneuerbaren über das beschlossene Mass ist jedoch an der bürgerlichen Mehrheit im Rat gescheitert. Nichts desto trotz ist aber auch die jetzige Lösung bereits eine Verbesserung der heutigen Situation und ein wichtiger Schritt zur Deblockierung des Investitionsstaus und somit in Richtung einer einheimischen und ökologischen Stromversorgung.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4812/312187/d_n_4812_312187_312212.htm

Volksinitiative "Lebendiges Wasser"

Die sogenannte Renaturierungs-Initiative „Lebendiges Wasser“ hatte berechtigte Anliegen des Gewässer- und Landschaftsschutzes aufs Parkett gebracht. Anlass für die Initiative war der Fischrückgang in den Schweizer Gewässern. In einem Gegenvorschlag konnten die auch für die Grünliberalen zentralen Anliegen der Initiative aufgenommen, jedoch in ein Gleichgewicht zwischen Schutz und Nutzung der Gewässer gebracht werden. Mit dem Gegenvorschlag kann sichergestellt werden, dass Anliegen des Landschafts-, Fischerei- und Gewässerschutzes bei der Vergabe von Kleinwasserkraft-Projekten auch im Rahmen der KEV angemessen berücksichtigt werden. Wir Grünliberalen sind der Überzeugung, dass mit dem Gegenvorschlag die äusserst heikle Gratwanderung zwischen der Förderung der Wasserkraft als erneuerbare Energie und gewässerökologischen Anliegen erfolgreich bewältigt werden kann. Wir Grünliberalen forderten in der Debatte aber auch vom Bundesrat, dass er den Gegenvorschlag rasch und kompromisslos im Sinne der Debatte umsetzt. Das heisst, dass er seinen Handlungsspielraum auch zugunsten des Schutzes der Gewässer und der Ökologie ausschöpft und nicht nur zu Gunsten der Nutzung. Dank des gelungenen Gegenvorschlages wurde die Initiative nach der Session zurückgezogen.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4812/312792/d_n_4812_312792_312900.htm

Budget 2010

Wie jede Wintersession wurde auch in dieser der Voranschlag diskutiert. Angesichts der Finanzkrise lockerte der Bund 2009 den Spardruck zu sehr und bewilligte in den drei Konjunkturpaketen auch viele fragliche Aufstockungen und Massnahmen. Es war deshalb wichtig, beim Voranschlag 2010 Mass zu halten und eine Balance zwischen Ausgaben, die die Kontinuität im staatlichen Handeln gewährleisten, und einem klaren Abbremsen der Aufwandentwicklung zu finden. Martin Bäumle hat mit gezielten Anträgen in der Finanzkommission massgeblich dazu beigetragen, das Budget 2010 in differenzierter Weise zu entlasten. So konnte das Budget gegenüber den Antrag des Bundesrates um ca. 400 Mio. reduziert werden. Damit wird auch der Ausgabenplafond um rund 500 Mio. unterschritten. Dies ist wichtig im Hinblick auf die Herausforderungen, welche auf das Budget 2011 garantiert zukommen werden. Angesichts der Konjunkturlage ist das Budget 2010 vertretbar. Besonders freut es uns, dass dank den Grünliberalen eine gezielte Förderung von Solarstrom als kostenneutrale Ausgabe mehrheitsfähig sowie der Zusatzkredit für Fernwärmeprojekte unterstützt wurden. Damit

wurden kleine Zeichen im Sinne der verstärkten Förderung der erneuerbaren Energien im Budget aufgenommen.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4812/313519/d_n_4812_313519_313728.htm

Alpenkonvention

Für die Grünliberalen enttäuschend war der Entscheid des Nationalrates nicht auf die Ausführungsprotokolle der Alpenkonvention einzutreten. Die Alpenkonvention enthält Leitlinien zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der Alpen. Neben der Konvention ging es nun darum, die Ausführungsprotokolle zu ratifizieren. Ausser der Schweiz und Italien hatten bereits die EU und die anderen Alpenländer die Protokolle ratifiziert. Die gesamte SVP Fraktion, die Mehrheit der FDP und ein grosser Teil der CVP stemmten sich jedoch gegen das Vorhaben. Sie vertraten die Auffassung, dass in den Protokollen der Schutz zu stark und die Nutzung zu wenig gewichtet wurde. Aus Sicht der Grünliberalen ist es nicht nachvollziehbar, wie sich erneut die rechte Ratshälfte gegen einen vernünftigen Alpenschutz wehrt und einen ungehinderten Ausbau oder „Entwicklung“ wie sie es nennen, der Wohn-, Verkehrs-, und Tourismuseinrichtungen in den Alpen fordern. Bezeichnend war zudem, dass sich insbesondere Vertreter der Mittellandkantone lautstark zu Wort meldeten und sich die Bergkantone enttäuscht über das Ergebnis zeigten. Der Entscheid ist für die Schweiz schlicht peinlich.

Landwirtschaftspolitik und Milchpreis

Aufgrund der Spannungen auf dem Milchmarkt und in der Landwirtschaftspolitik insgesamt hat der Nationalrat im Rahmen einer ausserordentlichen Session eine Aussprache geführt und über 43 Vorstösse befunden. Wir Grünliberalen haben uns im Rahmen der Debatte für eine produzierende, ökologische und multifunktionale Landwirtschaft ausgesprochen. Zudem äusserten wir uns zugunsten einer Liberalisierung der Agrarmärkte. Als exportabhängige Schweiz sind wir auf ein verlässliches Freihandelsregime im Industrie- und Dienstleistungssektor angewiesen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine vorbehaltlose Zustimmung zum Agrarfreihandel. Wir sehen aber die Freihandelsentwicklung in der Landwirtschaft als einen Prozess, dem wir uns stellen müssen. Heute bestehen 73 Prozent des Einkommens der Landwirte aus Direktzahlungen und Zollschatz. Wir können nicht davon ausgehen, dass sich diese Situation ewig halten lässt. Wenn eine Möglichkeit besteht, dass die Landwirtschaft aus dem allgemeinen Freihandel herausgelöst wird, ist das zu befürworten. Einem Postulat, welches solche Möglichkeiten prüfen will, haben wir deshalb auch zugestimmt. Eine Forderung auf einen sofortigen Antrag des Ausschlusses wie es die SVP will, ist aber unrealistisch, nicht zielführend und schadet der Schweiz. Wir Grünliberalen sind der Auffassung, dass wir uns den Entwicklungen und den damit verbundenen Herausforderungen stellen müssen. Wir anerkennen aber, dass die Gratwanderung zwischen hohen Standards auf der einen Seite und Freihandel als Chance auf der anderen Seite äusserst komplex ist und somit Risiken birgt. Auch wir Grünliberalen wollen, dass in Zukunft die hohen Schweizer Qualitätsstandards gewährleistet werden. Es ist sicherzustellen, dass kein Ökodumping betrieben werden kann. Der Deklaration von Herkunft und Produktionsweise kommt dabei beispielsweise eine besondere Rolle zu.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4812/314839/d_n_4812_314839_314840.htm

Ein Kind, eine Zulage

Mit der Vorlage „Ein Kind, eine Zulage“ konnte auch für die Grünliberalen eine wichtiges Zeichen zugunsten der mittelständischen Familien verabschiedet werden. Neu werden alle Familien Kinderzulagen erhalten, auch wenn die Eltern selbstständig sind. Mit dieser Vorlage konnte das Recht an das veränderte Umfeld und an die veränderten Bedürfnisse angepasst werden. Nicht nur den Wohnort, sondern häufiger als früher wird auch zwischen selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit wechselt. Auch das ist ein Aspekt der Flexibilität am Arbeitsmarkt. Künftig müssen sich alle Selbstständigerwerbenden einer Familienausgleichskasse anschliessen. Finanziert werden diese Leistungen durch die prozentualen Beiträge auf dem AHV-pflichtigen Einkommen.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4812/317363/d_n_4812_317363_317497.htm

Sanierung der Arbeitslosenversicherung

Da die Finanzen der Arbeitslosenversicherung aus dem Ruder laufen, musste die Sanierung der Arbeitslosenversicherung dringend angepackt werden. Die Grünliberalen haben dies mitgetragen und haben verschiedene Anträge, welche uns diesem Ziel näher brachten unterstützt. So unterstützten die Grünliberalen etwa einen Antrag, welcher verlangte, dass Junge, unter 30-Jährige, jede Stelle annehmen müssen, auch wenn er nicht ihrer Qualifikation und bisherigen Tätigkeit entspricht. Die Grünliberalen vertraten die Auffassung, dass es nicht angehen kann, dass Studenten nach dem Studium zuerst einmal stempeln gehen, bis sie ihren „Traumjob“ gefunden haben und in der Zwischenzeit die Arbeitslosenkasse belasten. Es kann durchaus sinnvoll sein, wenn vorübergehend beispielsweise im Gastgewerbe gearbeitet wird, bietet dies doch neben einem Einkommen auch einen Einblick in eine andere Branche und ein Stück Lebenserfahrung. Sämtliche Anträge der SP und der Grünen, welche darauf abzielten, das Sozialwerk auszubauen und höhere Lohnbeiträge einzupflanzen wurden auch von den Grünliberalen abgelehnt. Im Sinne eines Kompromisses zur Sanierung der ALV haben aber auch die Grünliberalen einer Erhöhung von 2 auf 2,2 Prozent sowie einer befristeten Einführung eines Solidaritätsprozentes für höhere Einkommen zur Sanierung der ALV zugestimmt. Die Vorlage wird nun vom Ständerat weiterberaten.

Vorstösse zu den Medikamentenpreisen, zur Pelzdeklarationspflicht und zum Wolf

In der Wintersession konnten zudem zwei Vorstösse von Verena Diener zur Senkung der Medikamentenpreise überwiesen werden. Im einen verlangte Verena Diener, dass der Bundesrat für den Vertrieb von Arzneimitteln eine preisunabhängige Marge, differenziert nach Vertriebskanal, festlegt. Grundlage für die Festlegung soll eine effiziente und preisgünstig durchgeführte Vertriebsleistung sein. Heute gilt unabhängig vom Vertriebskanal ein einheitlicher Preis als Höchstpreis pro Produkt.

Die zweite Motion beauftragt den Bundesrat, gesetzliche Bestimmungen auszuarbeiten, mit denen eine gute und günstige Arzneimittelversorgung sichergestellt werden kann. Verena Diener forderte die folgenden vier Massnahmen:

1. regelmässige, dreijährliche Preisüberprüfung der Arzneimittel;
2. Überprüfung der Wirtschaftlichkeit eines Arzneimittels, wenn sein in der Spezialitätenliste zugelassener Indikationsbereich erweitert wird;
3. Beurteilung der Wirtschaftlichkeit aufgrund des Vergleichs mit anderen Arzneimitteln sowie der Preisgestaltung in wirtschaftlich vergleichbaren Ländern;
4. Regelung der Vergütung von Arzneimitteln, die ausserhalb der durch Swissmedic zugelassenen Fachinformationen oder ausserhalb des in der Spezialitätenliste zugelassenen Indikationsbereichs angewendet werden oder in der Schweiz nicht zugelassen sind.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4812/317363/d_n_4812_317363_317572.htm

Nach dem Nationalrat hat zudem auch der Ständerat die Motion von Tiana Moser zur Einführung einer Deklarationspflicht für Pelzprodukte überwiesen. Demnach sollen die Rechtsgrundlagen derart geändert werden, dass die Konsumentenschaft dank der Deklarationspflicht Klarheit über die Haltungsform, die Herkunft sowie die Tierart erhält.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4812/317008/d_s_4812_317008_317131.htm

In der Wintersession hat zudem Tiana Moser einen Vorstoss zur Schafsommerung und somit zum Thema Wolf eingereicht. Ziel des Vorstosses ist es, die Direktzahlungen so auszurichten, dass verstärkte finanzielle Anreize zum Herdenschutz von gesömmerten Schafen entstehen resp. der freie Weidegang nicht mehr subventioniert werden soll. In der Schweiz werden jährlich rund 250'000 Schafe auf Alpweiden gesömmert. Knapp die Hälfte der Schafe werden im freien Weidegang gehalten. Diese Haltungsform ist ökologisch und ökonomisch bedenklich. Die wichtigsten ökologischen Nachteile sind Verbiss an Jungwald, Unter- und Übernutzungen von Weiden und die Konkurrenzsituation zu Wildtieren sowie die Übertragung von Krankheiten (Gamsblindheit) auf solche. Das Anwachsen der Bestände von geschützten Grossraubtieren wie Luchs, Wolf und Bär führt dazu, dass Schafe im gesamten Alpenraum besser geschützt werden müssen. Ungeschützte Schafe sind eine leichte Beute für Grossraubtiere. Haben sich diese daran gewöhnt, werden sie zu Problemtieren, die mit grossem Aufwand und entsprechenden Kosten erlegt werden müssen. Die im Verhältnis zum Bestand hohe Anzahl Abschüsse ist weder ökonomisch sinnvoll, noch mit den gesetzlichen Grundlagen vereinbar. Die Schafhalter müssen sich somit an die veränderten Gegebenheiten anpassen. Dafür müssen die richtigen Anreize gesetzt werden. Wir sind der Auffassung, dass eine Koexistenz zwischen Schafen und Grossraubtieren möglich ist, das zeigt die Situation in den Nachbarländern der Schweiz, die funktionierende Herdenschutzprogramme realisiert haben.